Die Neue Zeit

2. Band Nr. 50 Ausgegeben am 12. September 1913 31. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zum Parteitag.

Von **Rudolf Hilferding.**

Ohne Bebel! Das Auge strahlt nicht mehr, das der Spiegel war der Seele des deutschen Proletariats, die helle Stimme klingt nicht mehr, die aussprach, was die deutsche Arbeiterklasse dachte und fühlte. Es ist dunkler und stiller geworden!

Nirgends wird uns Bebel mehr fehlen als auf den Parteitagen. Nicht nur wegen der instinktiven Sicherheit seines politischen Urteils, nicht nur wegen der einzigartigen Autorität, die sein Rat besaß, nicht nur wegen der Gewalt der Rede, des Temperamentes, der Überzeugungskraft; in ihm verlieren die deutschen Parteitage mehr als in jedem anderen: ihn, dem sie ihr eigentliches Wesen verdanken. Dies Wesen aber ist die rückhaltlose Prüfung der Politik der Partei, die Unterwerfung der Handlungen aller Vertreter und Vertrauensmänner unter die Kritik und Beschlußfassung der Gesamtheit. Wenn Marx und Engels theoretisch den Sektencharakter alles bisherigen Sozialismus zerstört hatten, indem sie, statt Rezepte für die Garküche der Zukunft zu bereiten, den Sozialismus als die notwendige Tat der proletarischen Gegenwart erwiesen, zerstörte Bebel jede Sektiererei praktisch, indem er die Prinzipien der Demokratie in der Verfassung der Partei verwirklichte.

Uns Jüngeren erscheint dies heute ja mehr oder weniger selbstverständlich. Aber wir müssen uns erinnern, daß die Demokratie als Verfassung einer Partei voll und lebendig nur in den sozialdemokratischen Parteien verwirklicht ist, in der deutschen und nach ihrem noch immer vorbildlichen Muster in größerer oder geringerer Annäherung in den ausländischen. Und wir müssen uns erinnern, daß der Kampf um die demokratische Organisation gegen die Diktatur der Leitung vielleicht der wesentlichste Gegensatz gewesen ist in dem Kampfe Bebels gegen Schweitzer.

Es war der Kampf des Arbeiters Bebel. Es ist für politische Führer — für die Intellektuellen besonders, aber auch für die aus der Arbeiterklasse selbst hervorgegangenen — eine starke Versuchung, ihre politischen Ent-

schlüsse allein zu fassen und ihre Selbständigkeit möglichst groß zu gestalten. Die Versuchung entspringt vorerst aus den Bedingungen des Kampfes selbst. Die öffentliche Erörterung taktischer Maßregeln, ihrer Motive und Absichten unterrichtet ja nicht nur den Freund, sondern auch den Feind, scheint also die eigene Kampfesposition zu schwächen. Polemische Auseinandersetzungen, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei scheinen ihre Einheit zu bedrohen oder lassen dem Gegner ihre Geschlossenheit geringer erscheinen. Kommt noch hinzu, daß an die Spitze der eben erst entstehenden und noch völlig unentwickelten Partei ein Mann von den überragenden Fähigkeiten eines Lassalle tritt, dann sind die Bedingungen für eine diktatorische Leitung gegeben, die, einmal eingeführt, nur zu leicht erhalten bleibt. Diese Gefahr von der deutschen und damit von der internationalen Arbeiterbewegung radikal abgewehrt zu haben, ist neben der mit instinktiver Sicherheit geschehenen Begründung der sozialdemokratischen parlamentarischen Taktik, die die unablässige Reformarbeit in den Dienst der revolutionären Umwälzung gestellt hat, Bebels größte und folgenschwerste Tat. Die Demokratie der Parteiverfassung erst hat den Sozialismus und seine Politik in Wahrheit zu einer Angelegenheit der Arbeiter selbst, zur immerwährenden Massenaktion gemacht. Sie hat ihnen zugleich das lebendige Interesse und das Verantwortlichkeitsgefühl gegeben. Es hat sich zugleich erwiesen, daß, weit entfernt, eine Quelle der Gefahr zu sein, die demokratische Erledigung aller Parteiangelegenheiten in vollster Öffentlichkeit und Rückhaltlosigkeit das stärkste Band der Einheit, der stärkste Schutz vor allen Sonderbestrebungen und Eigenbröteleien geworden ist und zugleich auch ein einzigartiges Mittel der Aufklärung, der Erziehung und der Propaganda, ein Mittel, die gesamte politische Welt in den Bann dieser Tagungen zu zwingen. Die Demokratie hat die Führer der Arbeiterklasse in ihre Vertrauensmänner verwandelt und verhütet, daß ein irgendwie dauernder oder tiefergehender Gegensatz zwischen Führern und Massen entstehen kann. Denn die Führer sind ja nur die jederzeit zurückzurufenden Beauftragten der Massen, und jeder Vorwurf, der gegen sie erhoben wird, fällt schließlich zurück auf die Massen, die sie auf ihre Posten gestellt haben.

Das Vertrauen des Arbeiters zu seinen Klassengenossen hat Bebel zu seiner Tat befähigt. Daß er aber auch als gefeierter Führer immer und immer wieder die Souveränität der Parteigesamtheit wahrte, daß er selbst mit ungestümem Eifer die Genossen zum eigenen Urteil und eigener Kritik aufrief, sich selbst als erster dem Spruch der Gesamtheit unterwarf, das danken sie ihm heute, wo er nicht mehr unter uns ist, heißer denn je. Bebel ist unersetzlich wie all die Großen, die in ihren Ländern die Mitbegründer der Bewegung gewesen sind, ihr erstes Heldenzeitalter gesehen und in den stürmisch bewegten Zeiten des ersten Aufstiegs die Fahne entrollt und vorangetragen haben. Daß aber der Tod dieses Mannes, der so ganz die Verkörperung der Partei war, ertragen werden kann, das verdanken wir gerade ihm und seinem Leben. Bebel ist unersetzlich durch einen anderen Mann. Er wird ersetzt durch die Partei in ihrer Gesamtheit, die weiterlebt und nun als Ganzes ihre Aufgabe ohne den einen leisten muß und dank ihm leisten kann. Es ist eine große Aufgabe und eine große Verantwortung, die heute auf jedem einzelnen lastet, der an der Tagung der deutschen Arbeiterklasse teilzunehmen berufen ist.

Im Zeichen des Konjunkturrückganges tritt der Parteitag zusammen. Im Gegensatz zu der letzten Krise liegt diesmal der Ausgangspunkt nicht in der schweren Industrie, sondern infolge der langen kriegerischen Verwicklungen und ihrer Rückwirkung auf die Geld- und Kreditverhältnisse in den Fertigindustrien. Vor allem ist das Baugewerbe hart betroffen und mit ihm seine zahlreichen Nebenindustrien, die Holzindustrie und gewisse Zweige der Metallverarbeitung; stark leiden auch bereits die Bekleidungs- und Textilindustrie. Es sind Industriezweige mit großem Arbeitsfassungsvermögen, und die Arbeitslosigkeit ist jetzt bereits wieder eine Massenerscheinung geworden. Dies stellt dem Parteitag seine erste und dringendste Aufgabe. Die Arbeitslosigkeit ist die untrennbare Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise, und die immer erneute, in den Krisen verschärft einsetzende Produktion der industriellen Reservearmee ist zugleich das stärkste ökonomische Machtmittel des Kapitals zur Niederhaltung der Ansprüche des Arbeiters. „Die industrielle Reservearmee," sagt Marx, „drückt während der Perioden der Stagnation und mittleren Prosperität auf die aktive Arbeiterarmee und hält ihre Ansprüche während der Periode der Überproduktion und des Paroxysmus im Zaume. Die relative Übervölkerung ist also der Hintergrund, auf dem das Gesetz der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit sich bewegt. Sie zwängt den Spielraum dieses Gesetzes in die der Exploitationsgier und Herrschsucht des Kapitals absolut zusagenden Schranken ein. ... Das Gesetz, welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend."

Dieser Verelendungstendenz des Kapitals entgegenzuwirken, muß die Macht des Proletariats die bürgerliche Gesellschaft zwingen. So Bedeutendes auch die Gewerkschaften im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit geleistet haben, so ist doch ihre Aktion nicht ausreichend. Hier muß der Staat eingreifen, die Folgen der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosenversicherung abwehren. Von allen Problemen der Sozialpolitik ist dies vielleicht das wichtigste und vornehmste. Ein ausreichender Schutz gegen die Arbeitslosigkeit würde die Kampffähigkeit des Proletariats, die Stellung seiner Organisationen außerordentlich stärken, nicht nur eine Unsumme von individuellem Unglück, Elend und Degradation aus der Welt schaffen, sondern den Aufstieg der gesamten Klasse beschleunigen. Gerade deshalb der Widerstand der Herrschenden gegen diese Reform. Um so dringender wird da die entschlossene Kundgebung der deutschen Arbeiter gegen den Stillstand der Sozialpolitik, der Entschluß, angesichts der Krise die Offensive aufzunehmen und einen Fortschritt in diesem Zentrum der gegenseitigen Machtstellung der Klassen zu erkämpfen.

Die hereinbrechende Krise wird auch die Diskussion der inneren Fragen, die den Parteitag beschäftigen werden, beeinflussen. Der rasche Aufschwung, den unsere Organisationen und unsere Presse genommen, ist mit und durch den Konjunkturrückgang, der die Arbeiterschaft bei der Fortdauer der Teuerung doppelt hart trifft, zum Stillstand gekommen. Die unausgesetzte Erregung in der äußeren und inneren Politik, die die letzten Jahre mit sich gebracht haben, ist momentan einer gewissen Stille gewichen,

die Aggressivkraft unserer wirtschaftlichen Organisationen durch die Krise gemindert. So vorübergehend wie die Ursachen werden aber auch die Folgen für das Wachstum unserer Organisationen sein, und es wird die Aufgabe unserer erfahrenen Organisatoren bilden, bei der Debatte auf dem Parteitag die Mittel zu besprechen, wie trotz der Ungunst der Verhältnisse durch gesteigerte Werbetätigkeit, durch erhöhte Intensität der Aufklärungsarbeit dieser Erscheinung entgegengewirkt werden kann.

Zeiten der Krise sind Zeiten, in denen die politische Erregung der bedrängten Massen steigt, in denen der ökonomische Druck nach politischer Erleichterung drängt. Sie sind aber zugleich Zeiten, in denen in Ländern mit starken Organisationen deren Angriffskraft vermindert, deren Widerstandsfähigkeit geschwächt ist. So sehen wir gerade zu Beginn der Krise zwei Tendenzen: das subjektive Bedürfnis nach gesteigerter, radikalerer politischer Betätigung auf der einen Seite, während auf der anderen die objektive Ungunst der Verhältnisse diesem Vorwärtsdrängen Schranken setzt. Es hängt von der politischen Gesamtsituation ab, welche der beiden Tendenzen sich durchsetzen kann. Aber aus ihrem Gegensatz entspringt eine Stimmung kritischer Unzufriedenheit, die zu erneuter Prüfung der Politik der Partei und ihrer Kampfmittel drängt.

Es ist diese Stimmung, die die Diskussion über den Massenstreik hervorgerufen hat, und der durch die preußischen Landtagswahlen wieder emporlodernde Zorn über die Dreiklassenschmach und das gleichzeitige Beispiel der Belgier haben dazu die Resonanz gegeben. Dem politischen Weitblick jener, die die Diskussion gerade in dem Moment rasch zunehmender Arbeitslosigkeit forciert haben, wird freilich damit noch kein gutes Zeugnis ausgestellt. Auf der anderen Seite hat aber der Verlauf der Erörterungen doch ergeben, daß wesentliche Meinungsverschiedenheiten in der Masse der Partei nicht vorhanden sind, und dies wird dem Parteitag seine nicht unschwierige Aufgabe erleichtern.

Daran ändert auch alle Heftigkeit nichts, mit der Genossin Luxemburg gegen das Offiziösentum gerade Karl Kautskys zu Felde zieht. Denn dieses vergiftende Schlagwort, das die Verdächtigung einer geistigen Abhängigkeit einem Manne gegenüber ausspricht, den dagegen auch nur verteidigen zu wollen schon beleidigende Anmaßung wäre, ist doch eigentlich nur ein widerwilliges Geständnis. Es sagt nur, daß die Ansichten Kautskys, die er gerade in dieser Frage jetzt mit derselben Konsequenz entwickelt hat wie damals, als vor dem Mannheimer Parteitag die Genossen Eisner und Stampfer in nicht unähnlicher Situation eine Massenstreikdiskussion hervorgerufen hatten, auch heute noch die Ansichten der großen Parteimehrheit darstellen. Und alle polemischen Künste, die so reichlich aufgewandt werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Artikel einen notgedrungenen Rückzug bedeutet. Denn als die Diskussion einsetzte, mußte man meinen, es handle sich bei ihren Wortführern darum, die Partei zu veranlassen, den Massenstreik für das preußische Wahlrecht unmittelbar zu organisieren. Es wurde uns gesagt, daß nunmehr eine Periode des Massenstreiks anbreche, daß es eine Unterlassung sei, nicht schon den Versuch eines Demonstrationsstreiks beim Besuch des Zaren in Berlin unternommen zu haben. Zwar wird uns jetzt versichert, wir müßten alles tun, um die Organisationen zur Tauglichkeit für große politische Kämpfe vorzubereiten. Aber da Genossin Luxemburg es zugleich mit

erfreulicher Entschiedenheit ablehnt, damit die Vorbereitungen zu irgend „einem" Massenstreik zu meinen, also jeden Gedanken an die Umwandlung unserer Organisationen nach syndikalistischem Muster abweist, so bleibt durchaus im unklaren, was mit dieser Vorbereitung eigentlich gemeint sei. Denn die etwas verschwommene Forderung, daß die Partei die politische Offensive ergreifen solle, ist kein Gegenstand theoretischen Streites, sondern eine Frage der jeweiligen Praxis, und wenn nur immer die richtigen Mittel und der richtige Zeitpunkt genannt werden, wird wohl kein Parteigenosse die politische Offensive, die ja die stete Politik der Sozialdemokratie darstellt, bekämpfen wollen. So liegt denn der Schwerpunkt des Artikels der Genossin Luxemburg für uns in dem Passus:

> Der politische Massenstreik ist eben nicht an sich, abstrakt genommen, ein wundertätiges Mittel. Er ist wirksam nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Situation, als Äußerung einer hohen konzentrierten revolutionären Energie der Massen und einer hohen Zuspitzung der Gegensätze. Losgeschält von dieser Energie, getrennt von dieser Situation, verwandelt in ein von langer Hand beschlossenes, pedantisch nach dem Taktstock ausgeführtes strategisches Manöver, muß der Massenstreik in neun Fällen von zehn versagen.

Daß die revolutionäre Situation jetzt gegeben sei, behauptet aber auch Genossin Luxemburg nicht. Und so wird denn der Parteitag zur Frage des Massenstreiks nur in ähnlicher Weise Stellung nehmen können, wie es 1905 und 1906 die Parteitage in Jena und Mannheim getan haben. Erst von dem Verlauf weiterer Kämpfe, von der Offensivkraft, die die Massen in der preußischen Wahlrechtsbewegung entwickeln werden, vielleicht aber auch von ganz anderen Ereignissen wird es abhängen, ob jene Situation eintritt, die auch dem deutschen Proletariat diese schärfste Waffe aufzwingt. Auch dann erst, wenn es sich um die konkrete Ausführung handelt, können jene Fragen der Durchführung entschieden werden, die theoretisch zu diskutieren doch nur ein Gedankenspiel ist, weil sie nur in der Praxis des Kampfes angesichts einer bestimmten Situation ihre Lösung finden können. Dann wird sich auch die Richtigkeit des Satzes Kautskys zeigen, daß ein Massenstreik in Deutschland seine ganz spezifischen Bedingungen hat, die im voraus theoretisch auszuklügeln oder nach denen anderer Länder entscheiden zu wollen ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Es bleibt also dem Parteitag die Frage zu prüfen, ob die Partei die Offensivkraft der Arbeiterklasse in rechter Weise zu nutzen verstanden hat. Und hier wird vor allem die Haltung der Fraktion bei der Militär- und Deckungsvorlage der Kritik des Parteitags unterliegen. Auch hier hat die Diskussion zunächst mit einer gewissen Schärfe eingesetzt, aber allmählich zu größerer Klarheit geführt. In Heft 41 dieser Zeitschrift hatte Genosse Heinrich Schulz geschrieben:

> Daß die Fraktion durch ihre Zustimmung Militärforderungen bewilligt hätte, ist natürlich törichtes Gerede, das einigen bürgerlichen Blättern kein Parteigenosse nachreden wird. Ihre grundsätzliche Gegnerschaft zum heutigen Militarismus hat die Fraktion durch ihre wochen- und monatelange Bekämpfung der Wehrvorlage, durch ihre Abstimmung über die militärischen Forderungen und durch ihre Erklärung in unzweideutigster Weise bekundet. Nachdem die Militärforderungen aber von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags bewilligt worden waren, war es für die sozialdemokratische Fraktion nur noch eine Frage der parlamen-

taktischen Taktik, ob sie den Steuern, die ein neues Prinzip in die Steuergesetzgebung des Reiches einführen, unvollständig zwar noch und mit vielen Vorbehalten, aber doch ein Prinzip, für das die Sozialdemokratie von jeher eingetreten ist, ob sie solchen Steuern zustimmen und sie damit zur baldigen Wirklichkeit machen, oder ob sie sie durch ihre Ablehnung gefährden und damit die Bahn für schlechtere Steuern im Sinne des schwarzblauen Blockes, besonders der Konservativen, freimachen sollte.

Die Hoffnung, die Schulz aussprach, ist nicht ganz in Erfüllung gegangen, aber immerhin ist die Meinung, die Fraktion hätte mit ihrer Zustimmung prinzipiell falsch gehandelt, nur auf einen kleinen Kreis beschränkt geblieben. Da wir selbst schon einige Zeit vorher die taktischen Bedingungen sozialdemokratischer Steuerpolitik untersucht haben,[1] so können wir uns damit begnügen, unsere Übereinstimmung mit dem Genossen Pannekoek zu konstatieren, der hier kürzlich schrieb:

> Nun wird oft angeführt, daß wir den Militarismus unterstützen, wenn wir ihm Steuern bewilligen. Die „Bewilligung" der Ausgaben hat aber schon bei der Abstimmung über die Militärvorlage stattgefunden. Ist sie angenommen, dann sind nicht nur die Männer, sondern auch die Groschen bewilligt. Denn wie sich auch die Deckung gestaltet, das Geld wird verausgabt und wird irgendwoher beschafft. Die Abstimmung über die Deckung ist nichts anderes als einfach eine Wahl zwischen verschiedenen Steuern; sie hat mit unserer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus nichts mehr zu tun und muß lediglich vom Standpunkt sozialdemokratischer Steuerpolitik beurteilt werden. Was für den Militarismus gilt, gilt auch für viele andere Staatszwecke: als Beispiel sind schon angeführt worden die Justizausgaben, die auch zur Aufrechterhaltung des Klassenstaats dienen. Und die Sozialdemokratie stellt sich ja auch auf den Standpunkt, daß sie für keinen dieser Zwecke Geld bewilligen will. Aber das bedeutet nicht, daß sie überhaupt nicht für direkte Steuern zur Deckung irgendwelcher Staatsausgaben stimmen darf. Die „Bewilligung" der Ausgaben findet bei der Etatsabstimmung statt; in der Budgetverweigerung bringt die Partei zum Ausdruck, daß sie dem Staate keine Mittel bewilligt. Aber deshalb tut sie doch alles mögliche, die Steuern so zu gestalten, daß sie möglichst von den Besitzenden getragen und vom Proletariat abgewälzt werden.

Die Abstimmung der Fraktion kann also nicht als Verletzung unserer Prinzipien angefochten werden. Es bleibt nur die taktische Frage übrig, ob die an sich notwendige Führung des Kampfes für die Deckung durch direkte Steuern nicht den Kampf gegen die Militärvorlage selbst erschwert hat, und sodann die steuertechnische Frage, ob die vorgeschlagenen Steuern wirklich Besitzsteuern waren.

Man wird die erste Frage durchaus verneinen müssen; in dem Kampfe gegen die Militärvorlage ist auf parlamentarischem Boden geleistet worden, was auf diesem Boden eben geleistet werden konnte, von den Kruppenthüllungen angefangen bis zur Ausnutzung des Erfurter Schreckensurteils für die Milderung des Militärstrafgesetzes. Wenn die Bewegung außerhalb des Parlamentes nicht stärker einsetzte, so hing dies nicht von der Fraktion und der Führung ab; die Massen sahen den schließlichen Ausgang unserer Protestbewegung als gegeben an, nachdem einmal die Gesamtheit aller bürgerlichen Parteien auf jede oppositionelle Regung verzichtet hatte, Zwangsmittel aber der proletarischen Minorität gerade in dieser Situation weder innerhalb noch außerhalb des Parlamentes zur Verfügung standen.

[1] Neue Zeit, XXX, 2, S. 221 ff.

Und noch weniger kann die steuertechnische Frage entscheidend sein. Sicher ist die Vermögenszuwachssteuer schlechter als eine reine Vermögens- oder Erbschaftssteuer. Aber das Ideal einer Steuer, die nur den kapitalistischen Konsumtionsfonds belasten würde, den Konsumtionsfonds der Arbeiter und den Akkumulationsfonds freiließe, läßt sich innerhalb einer auf Privateigentum und dem freien Verfügungsrecht des einzelnen über die Produktivkräfte beruhenden Gesellschaft überhaupt nicht verwirklichen. Für die Sozialdemokratie bleibt daher die Art der Besitzsteuer eine sekundäre Frage gegenüber der Entscheidung zwischen der Besteuerung des Mehrwerts oder der des Arbeitslohnes, zumal ihr Einfluß sich zwar heute als stark genug erweist, um eine neue Belastung der Arbeit zu verhindern, aber nicht als groß genug, um die Art der Besitzbesteuerung allein zu bestimmen.

Dazu kommt, daß manche Kritiker dieser Steuer darin zu weit gehen, daß sie die volkswirtschaftliche Wirkung der zweifellos vorhandenen individuellen Ungerechtigkeit überschätzen. Gewiß ist es völlig ungerechtfertigt, den Vermögenszuwachs zu besteuern, dafür aber das schon vorhandene Vermögen frei zu lassen. Doch da im ganzen und großen betrachtet Vermögen Vermögen zeugt, das dann in Form des Zuwachses zur Besteuerung kommt, ist der volkswirtschaftliche Effekt — von den großen feudalen Luxusvermögen freilich abgesehen — nicht allzu verschieden von der der Vermögenssteuer. Und wenn von uns mit Recht die Bevorzugung der Grundrente bekämpft wird, so darf doch wieder nicht argumentiert werden, als werde nur aus Profit, nicht aber aus landwirtschaftlicher Rente akkumuliert, heute, wo alles große Einkommen aus den verschiedensten Quellen zusammenfließt und durch die Vermittlung der Banken und Aktiengesellschaften wieder zur Anlage gelangt.

Und noch ein Moment kommt für unsere Stellung zur Besitzsteuer in Betracht. Für die künftige Entwicklung des Steuerwesens ist es schon von einiger Bedeutsamkeit, daß der bisher mit so großer Zähigkeit aufrechterhaltene Grundsatz der Regierung, dem Reiche die Steuerhoheit zugunsten der Bundesstaaten zu beschränken, endgültig aufgegeben werden mußte.

Weder aus der Zustimmung als solcher, noch aus der Zustimmung zu dieser bestimmten Art der Steuer läßt sich also der Fraktion ein Vorwurf machen. Sie stand vor der Frage des kleineren Übels und konnte deshalb ihre Zustimmung aussprechen. Sie mußte es tun, wenn mit ihrer Ablehnung die Gefahr schlechterer Steuern gegeben war, wie dies die Mehrheit der Fraktion aus beachtenswerten Gründen annahm.

Von diesem Standpunkt, den auch die Resolution des Referenten Wurm zur Steuerfrage einnimmt, läßt sich auch die Zustimmung zum Wehrbeitrag nicht grundsätzlich bekämpfen. Mit Recht ist gesagt worden, daß bei der Entscheidung über grundsätzliche Fragen der Umstand, ob unsere Stimmen den Ausschlag geben, nicht ins Gewicht fallen kann. Anders steht die Frage nur für denjenigen, der der Meinung ist, daß die Enthaltung oder die Ablehnung beim Wehrbeitrag unsere Feindschaft gegen den Militarismus noch demonstrativer zum Ausdruck gebracht, die prinzipielle Bedeutung der Fraktionserklärung noch verstärkt hätte. Die Mehrheit meinte demgegenüber, daß die propagandistische und agitatorische Wirkung, die die Verhinderung neuer indirekter Steuern ausüben muß, durch unsere Abstinenz verringert worden wäre, und die Haltung der Konservativen hat das Gewicht dieser Meinung noch verstärkt. Trotzdem können wir es verstehen,

daß gerade bei der Ungeheuerlichkeit dieser Militärvorlage vielen Genossen der Verzicht auf diese Demonstration zu weitgehend erschien.

Aber wie immer man zu dieser Frage steht, einen Mangel an Lust zur Offensive hat der parlamentarische Kampf der Fraktion gerade diesmal nicht ofenbart, und eine Kritik schießt über das Ziel, die von der parlamentarischen Taktik mehr verlangt als die energische Ausnützung der parlamentarischen Machtverhältnisse. Diese haben nach der Wahl von 1912 die Herrschenden verhindert, die neuen Steuerlasten auf das Proletariat abzuwälzen. Daß sie es noch nicht ermöglicht haben, die Forderungen des Militarismus selbst zu begrenzen, sollten gerade diejenigen nicht übersehen, die sich so gern als Spezialisten in den Fragen des Imperialismus gebärden.

Über die taktische Frage hinaus wird die Diskussion der Steuerfrage über dieses komplizierte und reichhaltige Gebiet Klarheit schaffen. Die Leitsätze des Genossen Wurm geben eine gute Grundlage der Debatte. Sie enthalten manchen Fortschritt gegenüber der traditionellen Auffassung und bieten mannigfache Anregung zu erneuter Untersuchung mancher Spezialprobleme, von denen die Wirkung der Steuern auf die Monopolprofite uns am bedeutsamsten erscheint.

In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not, nach einer Zeit größter politischer Anspannung tritt der Parteitag zusammen. Die Stimmung der Unzufriedenheit in manchen Kreisen der Partei darf den Blick für das Erreichte nicht trüben, sie wird aber den Blick schärfen für kommende Kämpfe. Diese werden nicht ausbleiben, wenn auch dieser Parteitag noch in die Zeit des Überganges fällt, die das Proletariat zwingt, durch den Ausbau der Organisationen, durch die Stärkung seiner Erkenntnis mitzuarbeiten wie bisher an der Verstärkung seiner Rüstung für die kommenden Entscheidungen.

Die proletarische Frauenbewegung des verflossenen Jahres.

Von **Luise Zietz.**

Rein zahlenmäßig ist der Fortschritt der proletarischen Frauenbewegung des letzten Jahres hinter dem seiner Vorgänger zurückgeblieben, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß das „Geschäftsjahr" diesmal nur neun Monate umfaßt. Immerhin überholt aber die Zunahme der weiblichen Mitglieder der Partei (10 744) bei weitem jene der männlichen (2044).

Diese Erscheinung hat im wesentlichen zwei Ursachen: Zweifellos war die Agitation unter dem weiblichen Proletariat im verflossenen Jahr eine sehr intensive, wobei die Genossinnen die Hauptarbeit leisteten, sowohl bei der mündlichen als auch bei der schriftlichen Propaganda und vor allem bei der so überaus wichtigen und wertvollen Kleinarbeit.

Und daß der Erfolg diese Mühe in höherem Maße lohnte als bei den Männern, die sicher nicht weniger intensiv gearbeitet haben, resultiert aus der Tatsache, daß für die Frauen das Rekrutierungsgebiet noch bei weitem größer ist. Ein Blick auf den Anteil der Frauen am Gesamtmitgliederbestand der Partei beweist dies. Von 982 850 Mitgliedern sind nur 141 115 Frauen. Es haben sich also sogar recht viel weibliche Familienangehörige unserer Parteigenossen noch nicht politisch organisiert! Welchen Ursachen dieser Umstand geschuldet ist, soll hier nicht untersucht werden; wir erwähnen ihn nur,